Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4926**

17. Wahlperiode 25. 02. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Diana Golze, Heidrun Dittrich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/4422 –

Aufgaben und Zusammensetzung der Altersarmutskommission – Altersarmut umfassend und mit den richtigen Mitteln bekämpfen

A. Problem

Altersarmut hat nach den Ausführungen der Antragsteller in den letzten Jahren stark zugenommen. Bei unveränderten Rahmenbedingungen werde sich diese Tendenz fortsetzen. Die Politik der Bundesregierung und die Aufgabenbeschreibung der von ihr geplanten Kommission zur Altersarmut seien aber nicht geeignet, die gesetzliche Rentenversicherung zu einer armutsfesten Sicherung hin zu reformieren. Die einbringende Fraktion fordert, die Kommission mit Abgeordneten aller Fraktionen sowie mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen zu besetzen. Aufgabe müsse u. a. sein, Reformvorschläge dafür zu entwickeln, dass die gesetzliche Rente dauerhaft den Lebensstandard im Alter sichere und bei langjähriger Beitragszahlung eine Rente deutlich oberhalb des Niveaus der „Grundsicherung im Alter“ garantiere.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kostenrechnungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/4422 abzulehnen.

Berlin, den 23. Februar 2011

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Katja Kipping Vorsitzende	**Anton Schaaf** Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Anton Schaaf

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/4422** ist in der 85. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. Januar 2011 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie an den Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Initiatoren fordern einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik, um Altersarmut wirksam zu bekämpfen. Ziel müsse es sein, den Lebensstandard zu sichern, vor Altersarmut zu schützen und die gesetzliche Rente als die tragende Säule der Alterssicherung zu erhalten. Dazu gehöre es auch, gegen Niedriglöhne vorzugehen sowie Maßnahmen zur Stärkung des Solidarausgleichs innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung und zu einer menschenwürdigen Gestaltung einer Mindestsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu starten.

Gefordert wird, die von der Koalition der CDU/CSU und FDP geplante Rentenkommission mit Politikerinnen und Politikern aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, mit Vertretungen der Interessen- und Sozialverbände sowie der Wissenschaft zu besetzen. Dort könne man den beschriebenen Kurswechsel vorbereiten und damit verbundene Einzelprobleme klären. Das werde jedoch nur gelingen, wenn die Kommission mit einem entsprechenden Auftrag ausgestattet und die Unabhängigkeit ihrer Mitglieder von der Versicherungs- und Bankenwirtschaft gewährleistet sei.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss,** der **Haushaltsausschuss,** der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** sowie der **Ausschuss für Gesundheit** haben den Antrag auf Drucksache 17/4422 in ihren Sitzungen am 23. Februar 2011 beraten und gleichlautend mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Deutschen Bundestag die Ablehnung der Vorlage empfohlen. Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag am selben Tag beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Deutschen Bundestag die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/4422 in seiner 52. Sitzung am 23. Februar 2011 abschließend beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte klar, dass demnächst eine Regierungskommission, nicht eine Parlamentskommission eingesetzt werde. Das Recht dazu habe die Bundesregierung. Ihr allein obliege dabei die Entscheidung über die Besetzung des Gremiums. Zum Auftrag werde es gehören, dass alle Rentensysteme in der Bundesrepublik Deutschland in die Betrachtung einbezogen werden sollten – also auch die Betriebs- und die Erwerbsminderungsrenten. Vor diesem Hintergrund mache es keinen Sinn, einen Parlamentsauftrag zu formulieren. Jeder Abgeordnete sei dann frei zu entscheiden, welche Vorschläge der Kommission er später übernehmen wolle.

Die **Fraktion der SPD** erkannte an, dass die Bundesregierung das Recht zur Einsetzung einer eigenen Kommission zum Thema Altersarmut habe. Das Parlament habe dieses Recht ebenfalls. Angesichts der politischen Vorgaben im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP für die Arbeit der Rentenkommission mache es zudem wenig Sinn für die anderen Fraktionen, sich an der Arbeit dieses Gremiums zu beteiligen. Daher werde die SPD-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen. Da sie aber der zugrundeliegenden Analyse zustimme, werde man sich der Stimme enthalten. Die Fraktion der SPD werde eigene Vorschläge präsentieren. Die Entscheidung, welches Konzept besser sei, würden dann die Bürgerinnen und Bürger treffen.

Die **Fraktion der FDP** stimmte zu, dass Altersarmut ein wichtiges Thema sei. Die Koalition habe die für April geplante Rentenkommission bereits in ihrer Koalitionsvereinbarung verabredet. Die Fraktion der FDP erwarte die Lösungsvorschläge des Gremiums optimistisch. Ausdrücklich teile man die Auffassung, dass die Regierung bei der Einsetzung ihrer Kommission ganz eigenständig handeln könne.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte ihr Anliegen, über das Thema Altersarmut öffentlich zu beraten. Es stelle schon heute ein Problem dar, das vorrangig Frauen und die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland betreffe. Nach den EU-Kriterien lebten bereits 15 Prozent der Älteren unter der Altersarmutsgrenze. Bei der Vorbereitung von Lösungsvorschlägen dürfe keinesfalls die Versicherungswirtschaft selbst beteiligt werden; denn es gehe nicht um die Vermehrung deren Profite, sondern um die Sicherung des Lebensstandards im Alter. Um das künftig zu erreichen, seien Arbeitsmarktreformen sowie Reformen in der gesetzlichen Rente nötig.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stimmte zu, dass Lösungsvorschläge zum Thema Altersarmut die Situation von Frauen, von Bürger und Bürgerinnen in Ostdeutschland sowie bei Erwerbsminderung berücksichtigen müssten. Zunehmend trügen auch Selbständige das Risiko von Altersarmut sowie Migrantinnen und Migranten. Dem Reformziel einer Sicherung des Lebensstandards im Alter stimme die Fraktion zu. Allerdings würde eine Erwerbstätigenversicherung der Fraktion nicht weit genug gehen. Man trete perspektivisch für die Bürgerversicherung ein. Man stimme nicht allen Forderungen des Antrags zu und habe kein Problem damit, dass die Regierung eine Rentenkommission einsetze.

Über die Vorschläge werde zu diskutieren sein. Wegen der grundsätzlichen Übereinstimmung mit dem vorliegenden Antrag werde man sich der Stimme enthalten.

Berlin, den 23. Februar 2011

Anton Schaaf
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333